

Bericht von der 149. Tagung des Verwaltungsrats am 12. und 13. Oktober 2016

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

einen Tag nach der Sozialkonferenz 2016, an der schon etliche Vertreter der Vertragsstaaten mit großem Interesse für die ihnen bislang unbekanntem Interna des EPA teilgenommen hatten, startete die 149. Tagung des Verwaltungsrats. Diese Tagung kann vielleicht als Wendepunkt in der Ära des Präsidenten Battistelli angesehen werden, denn erstmalig verweigerten mehr als dreiviertel aller Delegationen einem Vorhaben des Amtspräsidenten ihre Zustimmung – wenn es dabei auch vordergründig nur um eine Formalie ging. In den vergangenen Tagungen zeichnete sich schon ab, dass die Kritik an seinen Machenschaften immer mehr wuchs, allerdings war diesmal die Deutlichkeit des Widerstands für die Vertreter des Zentralen Personalausschusses und wohl auch für die Amtsleitung dann doch überraschend.

Gleich zu Beginn musste die vorläufige Tagesordnung geändert werden, weil der Amtspräsident seinen bereits mehrfach überarbeiteten Vorschlag für die Revision der *Investigation Guidelines* zurückgenommen hatte. Laut Protokoll der 75. Präsidiumssitzung hatte es hierzu deutliche Meinungsverschiedenheiten im *Board 28* gegeben. Außerdem wurde die Information zu dem neuen Gebäude für die Beschwerdekammern von der Agenda genommen. Dennoch äußerten einige Delegationen (CH, DE) später ihre Bedenken zum geplanten Umzug, so dass wir hierzu eine lebhaftige Debatte in der anstehenden Tagung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) erwarten durften. Schließlich aber beharrte der Amtspräsident darauf, seinen Neuentwurf der Disziplinarordnung zur Abstimmung auf der Agenda zu lassen, auch wenn das schon hier von einer Delegation (CH) kritisch hinterfragt wurde.

Der Ratspräsident sprach in seinem Bericht u. a. über gegen ihn gerichtete Angriffe in den Medien, die seine Vertrauenswürdigkeit untergraben sollten. Die Beobachter des Personalausschusses nahmen dies zum Anlass, sich deutlich von solchen Veröffentlichungen zu distanzieren und zu unterstreichen, dass der Personalausschuss durch konstruktive Kritik zu den Geschicken des EPA beitragen möchte.

Der Amtspräsident fasste sodann in einem verhältnismäßig kurzen Vortrag seine Sichtweise auf die aktuelle Entwicklung im Amt zusammen: Produktionszuwachs, Rückgang des *Backlogs*, sehr gute Finanzlage, erfolgreiche Sozialkonferenz. Dabei betonte er gleich mehrfach, dass auch die Qualität wachse, und er tat die von der IGEPA angestregten Gerichtsverfahren gegen die EPO als reine Angriffe auf deren Immunität ab. CH, GB, NL, NO, PL und RO hinterfragten in ihren Beiträgen u. a. die Aussagen zur Qualität. Insbesondere NL machte auch deutlich, dass es keinen ewigen Streit im Amt geben dürfe, und merkte im Hinblick auf weitere Verfahren gegen IGEPA-Funktionäre mit Unmut an, dass die Resolution aus der Märztagung nicht eingehalten werde. Dies nötigte den Amtspräsidenten dazu, von einer extremistischen, gewerkschaftlichen Position der niederländischen Delegation zu sprechen.

Ferner betonte er abermals, dass es für einen Qualitätsrückgang keine Belege gebe und alle Indikatoren eindeutig seien.

Die Vertreter des Zentralen Personalausschusses nahmen die Möglichkeit zu einer Intervention zum Anlass, den „*Elephant in the room*“, nämlich die anhaltenden Angriffe auf Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre zur Sprache zu bringen und die Einhaltung und Durchsetzung der Ratsresolution vom März zu fordern. Deren Einhaltung ist ein notwendiger Schritt zur Eindämmung der tiefen sozialen Krise im Amt. Wie man am Ende der Sitzung sehen konnte, trugen diese klaren Worte offenbar Früchte.

Als nächstes wurden die amtsintern bereits bekannte Finanzstudie von Deloitte sowie die ebenso bekannte Sozialstudie von PricewaterhouseCoopers (PwC) in Kurzvorträgen präsentiert. Einige Delegationen (DE, GB, SE) hinterfragten zur Finanzstudie die Annahmen zur Zinsentwicklung in Europa und meldeten weiteren Diskussionsbedarf im HFA an. Nach den Ausführungen von PwC mahnten mehrere Delegationen (AT, DE, FR, GB, IT, SE) an, Verbesserungsvorschläge auch umzusetzen und endlich das Personal einzubinden. Obwohl die Vertreter des Zentralen Personalausschusses eine umfangreichere Intervention zur Sozialstudie intendiert hatten, wurden sie vom Ratspräsidenten nach wenigen Minuten unterbrochen. Dies u. a. wohl auch angesichts der ungeschönten Präsentation der Fakten und der Sichtweise des Personalausschusses zur Entwicklung und Vertiefung der sozialen Krise.

Zahlreiche Wahlen fanden sodann statt, für die größtenteils geheime Stimmabgabe beantragt war. Wir nehmen dies zum Anlass, sämtliche Ämter im Verwaltungsrat und in den weiteren Ausschüssen und Organen im Anhang aufzulisten. Dabei sind die neu- oder wiedergewählten Personen farblich markiert.

Den anschließend stattfindenden Teil der vertraulichen Debatte fasste der Ratspräsident am zweiten Tag der Tagung wie üblich zusammen: Die Mandate von Alberto Casado (VP 2) und von Željko Topić (VP 4) wurden bis zum 31. Dezember 2018 verlängert. Nichts wurde allerdings zum Disziplinarverfahren D1/15 bekanntgegeben.

Zum einheitlichen Patentschutz berichtete SK über die diesbezüglichen Sitzungen im Rahmen der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft. SI berichtete über die abgeschlossene und RO über die anstehende Ratifizierung. Die Vertreter des Zentralen Personalausschusses verwiesen in diesem Zusammenhang auf die seit mehreren Jahren überfällige Konferenz der Minister der Vertragsstaaten nach Artikel 4a EPÜ.

Ohne nennenswerte Debatte wurde der Amtspräsident sodann vom Rat einstimmig beauftragt, mit Kroatien ein Zusammenarbeitsabkommen für die Patentrecherche auszuhandeln. Außerdem soll er mit Kambodscha Verhandlungen für ein Validierungsabkommen aufnehmen.

Schließlich wurde der Tagesordnungspunkt „Überprüfung des Rechtsrahmens für Disziplinarverfahren sowie der Artikel 52 und 53 Statut“ aufgerufen, der augenblicklich für verfahrenstechnische Verwerfungen sorgte. Noch bevor der Ratspräsident seine Einleitung beenden konnte, beantragte IE, die Vorlage des Amtspräsidenten lediglich zur Information, nicht aber zur Abstimmung zu behandeln. Von seinem An-

sinnen, den Antrag nicht diskutieren zu wollen, wurde der Ratspräsident durch Interventionen von CH, FR und IT abgebracht. Schlussendlich wurde nach einigem Hin und Her zur elektronischen Abstimmung für den irischen Antrag aufgerufen:

19 JA: CZ, DE, FR, GB, HU, IE, IS, IT, LI, LU, LV, MT, NL, NO, RO, SE, SK, SM, TR
8 NEIN: AL, AT, BE, DK, EE, FI, PT, MC
10 ENTHALTUNG: CH, CY, ES, GR, HR, LT, MK, PL, RS, SI
1 KEINE STIMMABGABE: BG

Dieses Abstimmungsergebnis erreichte zwar nicht die angeblich formal notwendige Einstimmigkeit, aber die Deutlichkeit, mit der die Delegationen dem Vorhaben des Amtspräsidenten nicht folgen wollten, war für ihn eine derbe Niederlage. Die Tagung musste für zehn Minuten unterbrochen werden. Dann entschied sich der Amtspräsident dafür, auf seine sonst übliche Einleitung zu diesem Tagesordnungspunkt zu verzichten und lediglich die Kommentare der Delegationen entgegenzunehmen.

Die schweizerische Delegation stellte sogleich eine Liste auf, welche Punkte in Hinblick auf die Überarbeitung des Dokuments erfüllt sein müssen:

1. Untersuchungs- und Disziplinarverfahren im Statut
2. Schweigerecht bei möglicher Selbstbeschuldigung
3. Abschließender Katalog von disziplinarischen Vergehen
4. Disziplinarstrafen nur für absichtliche und grob fahrlässige Vergehen
5. Volle Unabhängigkeit und Ernennung durch den Rat für den *Head of Investigation*
6. Bericht über Fehlverhalten an die Ernennungsbehörde, bei Personalvertretern und Gewerkschaftsfunktionären zusätzliche Information an den Rat
7. Jährlicher Bericht des *Heads of Investigation* an den Rat, u. a. über den Grad der Unabhängigkeit seiner Dienststelle
8. Alternatives Streitbeilegungsverfahren anstelle von *Management Review*, z. B. Mediation oder Ombudsmann
9. Unabhängiges richterliches Gremium anstelle des Beschwerdeausschusses, auch zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen in Disziplinarfällen

Ferner erinnerte die schweizerische Delegation an die Märzresolution des Rats und formulierte die Erwartung an den Amtspräsidenten, dass er keine Disziplinarstrafen verhängt, insbesondere wenn zu erwarten sei, dass sie nach einer Neuregelung nicht erfolgen würden. Einige Delegationen (FR, GB, IE, IT, NL, SE) schlossen sich dem schweizerischen Vorschlag an und trugen weitere Punkte vor. Dabei kamen Hinweise auf handwerkliche Defizite des aktuellen Entwurfs genauso vor wie der Wunsch nach Ausgewogenheit der Verfahren. Weitere Delegationen stellten den baldigen Abschluss der Revision in den Vordergrund (DE, DK, HR). Interessant war auch die Empfehlung der rumänischen Delegation, dass eine Disziplinentcheidung der Anstellungsbehörde nicht über die Empfehlung des Disziplinarausschusses hinausgehen dürfe.

Die Vertreter des Zentralen Personalausschusses konnten vielen Empfehlungen beipflichten, und für die IGEPA konnte verkündet werden, dass sie bei der Aussetzung der Disziplinarverfahren vorerst auf weitere Streikaktionen und Demonstrationen

hierzu in der Öffentlichkeit verzichten wird. Am Ende der Debatte wurde dann doch keine Abstimmung durchgeführt. Der Ratspräsident hat vielmehr darauf hingewiesen, dass der Rat mit seinen Vorschlägen über das *Board 28* mit dem Präsidenten in Kontakt bleiben will.

Wir rechnen nun damit, dass es in der für den 17. November 2016 angekündigten Sitzung des *Board 28* zu weiteren Diskussionen zur Reform der Disziplinarordnung und der Untersuchungsrichtlinien kommt, wobei der schweizerische Vorschlag und weitere Vorschläge Eingang finden. Um allerdings für die nächste Ratstagung am 14. und 15. Dezember 2016 beschlussreife Vorlagen zu erarbeiten, wird die Zeit ziemlich knapp. Jedenfalls haben wir unsere Gesprächsbereitschaft und unsere Bereitschaft zu einer konstruktiven Mitgestaltung zum Ausdruck gebracht.

Euer Zentraler Personalausschuss

Beiträge der Mitglieder des Personalausschusses in der 149. Tagung des Verwaltungsrats¹

– zu dem Tätigkeitsbericht des Ratspräsidenten

Herr Ratspräsident, wir distanzieren uns ausdrücklich von solchen Berichten, die über Sie in der Öffentlichkeit erschienen sind. Als Personalausschuss möchten wir durch konstruktive Kritik zu dem Wohl des Amtes und seiner Bediensteten beitragen. Daher wiederhole ich noch einmal: Wir haben mit solchen Veröffentlichungen nichts zu tun, wir bedauern sie, und wir distanzieren uns davon.

– zu dem Tätigkeitsbericht des Präsidenten

Thank you for the opportunity to address you with a few words. The guest speaker in yesterday's Social Conference explained eloquently the challenges of a rapidly changing world. The EPO must grow and adapt, certainly. I think we all agree that an EPO in turmoil is not fit for purpose: We have to find a way out of the conflict, so that we can move forward together.

At this point, we have to ask ourselves an important question, which is not merely rhetorical: What are the rights and responsibilities of all social partners, and where do the highest responsibilities lie?

The Council gives the general political direction; the President finds appropriate ways to implement them. The President manages the Office – but the Administrative Council is the supreme body of the Organisation, the body that carries the ultimate, final responsibility.

We have just heard what the President did in his activities report. However, his report should be tempered by a sober reflection on what he did not do. The Council, through its resolution CA/26/16, has given to the Office the direction to follow to move forward and out of the social crisis. The President has simply ignored your instructions.

You told the President in your clear and unanimous decision to revise the Investigation Guidelines and Disciplinary Procedures to make them fair and seen to be fair. His proposals, which you will discuss, are for the biggest part merely cosmetic, and in many respects make the arbitrary powers of the President even wider. This is no way to make laws be « seen to be fair ».

You told the President to put on hold the investigations and disciplinary procedures against staff representatives and union leaders. Since the resolution, the President has proceeded against three further union leaders in The Hague. One is about to be dismissed through proceedings that are nothing short of shocking in their arbitrariness. The fate of the other two is still in limbo.

¹ Die Beiträge sind aus der Erinnerung und ggf. aus den Manuskripten wiedergegeben. Sie sind keine wörtliche Transkription der Beiträge.

Yes, ladies and gentlemen: We can bet that before you will be preparing your next Council in December our colleague Laurent Prunier, secretary of SUEPO, will be dismissed.

One thing is clear: the President thinks that he owns this place, and that he can do whatever he pleases. But what are the real owners thinking? What is the Council thinking? If you let your Executive Officer exercise unrestrained power, are you ready to accept the ultimate responsibility for the consequences of his actions? If not, should you not make it clear that you are the ultimate boss and responsible party?

Staff is not interested in spending time and energy in cosmetic changes to our service regulations. We want to know where we are going, and whether the EPO is still an employer worth working for.

– zu der Finanzstudie

Ich muss feststellen, dass etwas sehr Richtiges gesagt wurde: Es ist schwierig, in die Zukunft zu schauen. Ich kann das jedenfalls nicht. Wir müssen uns die Studie aus dem Jahre 2010 noch einmal anschauen. Die rosigsten Szenarien von damals waren pessimistischer als die heutige Realität. Ich frage mich, ob die rosigsten Szenarien von heute wieder wesentlich pessimistischer ausfallen als die Realität. Scherz beiseite! Dies wirft Zweifel auf bezüglich der Neutralität der Finanzstudie.

– zu der Sozialstudie

Eine der angeführten Ergebnisse der *Social Study* lautet: „*All reforms are in line with human rights and international regulations*“. Dies jedoch widerspricht den Tatsachen und ist eine der Gründe für die tiefe soziale Krise. Der Präsident hat die nationalen Gerichtsverfahren der Gewerkschaft gegen das Amt angesprochen, die seiner Meinung nach nur der Reputation des Amtes schaden. In allen Gerichtsfällen, die die Immunität aufrechterhalten haben ist keine Entscheidung über die Substanz der Klage gefällt worden. In dem Fall, in dem ein niederländisches Gericht die Immunität beiseitegelegt hat, ist das Amt für Verstöße gegen die Menschenrechte verurteilt worden. Fakten verschwinden nicht durch Immunität – dies hat auch der Staatsanwalt des niederländischen Höchstgerichts klargestellt.

Hierzu wurden auch die Teilnehmer der Demonstration gestern befragt:

- Denkt Ihr, dass das Ignorieren von nationalen Urteilen wie von dem Gericht in den Niederlanden über Verstöße gegen die Menschenrechte gut für die Reputation des Amtes ist? – Dies erntete ein klares NEIN.
- Findet Ihr, dass der Präsident mit der IGEPA verhandeln sollte, wie im Urteil gefordert und sonst überall für Arbeitsbedingungen üblich? – Antwort: Klares JA. Die IGEPA bietet diese Verhandlungen jedes Mal an – ohne Erfolg.

Der Präsident spricht immer wieder von extremen Positionen der Gewerkschaft und dass sie grundsätzlich gegen Reformen sei. Dies ist, wie hier schon mehrfach gesagt, nicht der Fall. Aber die Rechte der Mitarbeiter und Internationales Recht müssen beachtet werden. Wenn dies eine extreme Position sein soll, dann ist es eine.

Wie der Präsident fast richtig bemerkte, fand hier gestern nicht eine, sondern gleich zwei „soziale Konferenzen“ statt – eine hier im Saal und eine draußen vor der Tür in Form einer weiteren Demonstration, deren Anzahl nun jenseits der 20 liegt. Die soziale Konferenz auf der Straße hatte übrigens deutlich mehr Teilnehmer als die hier drinnen. Und auch waren bei der Demo vor allem Non-Management-Mitarbeiter beteiligt – im Gegensatz zu der sozialen Konferenz hier, bei der vor allem Mitglieder des Management anwesend waren.

Warum eine soziale Konferenz vor der Tür? Nun, der Hauptgrund liegt darin, dass die Gewerkschaft IGEPA, die die Hälfte des Personals repräsentiert, nicht eingeladen war. Der IGEPA wird es auch nicht leicht gemacht, am sozialen Dialog mitzuarbeiten im Hinblick auf die Entlassung von zwei Münchener Gewerkschaftsfunktionären und der Degradierung eines weiteren am Anfang des Jahres. Und nun werden darüber hinaus drei weitere Gewerkschaftsfunktionäre in Den Haag untersucht und mit Disziplinarmaßnahmen bedroht, wie der Präsident selbst dem *Board 28* mitgeteilt hat.

Hierzu wurden gestern die Demonstranten – ähnlich wie in den Studien – gebeten, ihre Meinung kundzutun:

- Findet Ihr, dass der Präsident die Forderungen der Märzresolution erfüllt? – Klares NEIN.
- Findet Ihr, dass die Disziplinarverfahren als fair angesehen werden können ohne eine unabhängige Überprüfung? – Klares NEIN.
- Findet Ihr, dass der Rat die leitende Rolle zumindest bei der Sozialstudie hätte übernehmen sollen? – Klares JA.
- Meint Ihr, dass die Personalvertretung bei der Organisation der „sozialen Konferenz“ hätte eingebunden werden sollen? – Klares JA.
- Findet Ihr, dass die Gewerkschaft IGEPA hätte eingeladen werden sollen? – Klares JA.
- Findet Ihr, dass eine Präsentation von über 800 Seiten Studien zehn Tage vor der „sozialen Konferenz“ zur Vorbereitung ausreicht? – Klares NEIN.
- Findet Ihr, dass die Technologia-Studien hätten miteinbezogen werden sollen? – Klares JA.

Ein vernünftiger und wirklicher sozialer Dialog umfasst den Einbezug aller Sozialpartner und insbesondere einer Gewerkschaft, die die Hälfte des Personals repräsentiert, auf der Basis der Beachtung des seit langem geforderten „*Rule of Law*“. Und ein richtiger sozialer Dialog respektiert die Teilnehmer und bedroht sie nicht.

Zu Ihrer Information sind seit der Einführung der „*Social Democracy*“:

- zwei Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre gefeuert worden;
- drei Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre sind degradiert oder herabgestuft worden;
- weitere drei Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre sind derzeit mit Disziplinarmaßnahmen bedroht;
- andere Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre sind bedroht oder

- verwarnt;
• und zehn Personalvertreter sind mittlerweile zurückgetreten.

Dies sind Fakten und Teil der sozialen Krise.

– zu dem Sachstandsbericht zum Einheitlichen Patent und diesbezüglichen Entwicklungen

Das Personal wartet auf das Einheitliche Patent. Genau genommen warten wir schon seit mehr als vierzig Jahren darauf. Denn das Einheitliche Patent steht ja schon von Anfang an im Europäischen Patentübereinkommen, siehe Artikel 142 EPÜ. Wir Bedienstete des Europäischen Patentamts fühlen uns in erster Linie dem EPÜ verpflichtet, und darum warten wir auf Fortschritte bei dem Einheitlichen Patentschutz.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle auch den Auftrag und die Vision des Europäischen Patentamts in Erinnerung rufen: „Als das Patentamt für Europa fördern wir Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum in ganz Europa, indem wir uns einer hohen Qualität verpflichten und effiziente Dienstleistungen nach Maßgabe des Europäischen Patentübereinkommens erbringen.“ Gestern haben die Berater von PricewaterhouseCoopers Ihnen die Ergebnisse der Personalumfrage vorgestellt, die der Amtspräsident in Auftrag gegeben hat. Eine Frage hieß, ob die strategischen Ziele des Amts die Erfüllung seines Auftrags – ich habe ihn eben zitiert – unterstützen. Leider konnten weniger als 25 % der Umfrageteilnehmer die Frage mit ja beantworten. Mehr als 4.000 Kolleginnen und Kollegen haben an der Umfrage teilgenommen. Leider sind dies Fakten. Dies ist keine gute Werbung für das Einheitliche Patent.

Was können wir tun? Die Antwort finden wir im EPÜ, nämlich in Artikel 4a: „Eine Konferenz der für Angelegenheiten des Patentwesens zuständigen Minister der Vertragsstaaten tritt mindestens alle fünf Jahre zusammen, um über Fragen der Organisation und des europäischen Patentsystems zu beraten.“ Diese Konferenz der Minister der Vertragsstaaten ist nun schon seit mehreren Jahren überfällig. Dies sind auch Fakten. Formal reicht es aus, wenn einer von Ihnen einfach einen Antrag stellt, dass diese Konferenz nun einberufen werden soll. Meine Damen und Herren, wir warten nicht nur auf das Einheitliche Patent, wir warten auch auf die Ministerkonferenz und auf Ihren Antrag.

Abschließend kann ich Ihnen versichern, dass wir im Personalausschuss und ebenso das Personal zu der Aufgabenerfüllung des Amts, wie sie im EPÜ steht, sehr gerne beitragen wollen. Die entsprechende Frage hat bei der Personalumfrage quasi gewonnen. Mehr als 80 % des Personals hat hier mit ja geantwortet.

– zu der Überprüfung des Rechtsrahmens für Disziplinarverfahren sowie der Artikel 52 und 53 Statut

Just a few comments and an announcement on behalf of SUEPO. It is not the place to go into details here. Nevertheless, I would like to mention points possibly not addressed in the Swiss wish list.

First, I would like to address the disciplinary procedure.

As mentioned by Germany, appointing the Chairman of the Disciplinary Committee from outside the Office is in principle a good idea. However, a short term of three years combined with the fact that the contract is renewable are not enough to guarantee of independence, because the disciplinary procedure makes the opinion of the Chairman visible to the appointing authority, especially to the President of the Office, contrary to the EU institutions.

The disciplinary procedure introduces the reduction of the retirement pension as a separate, independent disciplinary measure. The EU is one of the very few international organisations with such a measure. The OECD is presently considering deleting the corresponding measure. Furthermore, the reduction is foreseen in the EU only for former staff in receipt of a retirement pension and for a given period. The new EPO provision is therefore much harsher than the EU provision.

Second, I would like now to deal with the procedure for professional incompetence. The reform of this procedure is not foreseen in the mandate given by the Council in resolution CA/26/16.

The Office has already streamlined the process for career advancement, by introducing an "Appraisals Committee" composed exclusively of managers deciding on appraisal reports, without any possibility of another internal review. Now the Office intends to streamline the process for downgrading or dismissing staff for "lack of ability and efficiency", based on the same appraisals reports and according to procedures defined by the President of the Office.

At present, the Service Regulations provide that the procedures are the same for disciplinary and incompetence proceedings. The present Chairman of the Disciplinary Committee considers that there is no problem in the present procedure and that many disciplinary cases have an "incompetence" aspect. If the proposal is adopted, the procedures and composition of the Committees will diverge and there is a danger of "forum shopping" and of diverting disciplinary cases to the streamlined incompetence route. It would be desirable that the improvement for the disciplinary procedure would also benefit to the incompetence proceedings. I would follow the approach of the Belgian delegation in that we should not overload the boat, or "charger la barque" as he put it.

In both cases, disciplinary and incompetence, one issue was mentioned by Romania. It is the binding character of the recommendation of the committee, in other words the possible deviation from it by the appointing authority. For reasons known to all participants in this meeting, this problem has gained relevance in recent times. It should also be addressed, in order to restore confidence in a fair proceedings and reasonable proceedings.

We welcome the development in this Council and the renewed interest of the Council. The staff representation welcomes the proposal, especially coming from the Swiss delegation. The staff representation is available to provide its input to the procedure resulting in the drafting of a good document in a reasonable, practicable time horizon. As a reaction to a suspension of the disciplinary proceedings, especially

against SUEPO officials, I can announce on behalf of SUEPO that SUEPO is ready to suspend its actions in the so-called disciplinary cases, until December.

Ämter im Verwaltungsrat und in den weiteren Ausschüssen und Organen

Verwaltungsrat

Präsident: Jesper Kongstad (DK)

Vizepräsident: Miklós Bendzsel (HU) → Josef Kratochvíl (CZ)

Ehrenpräsident: Roland Grossenbacher (CH)

Präsidium des Verwaltungsrats

Geborene Mitglieder: Präsident, Vizepräsident und Ehrenpräsident des Verwaltungsrats sowie Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, des Ausschusses für technische und operative Unterstützung, des Ausschusses „Patentrecht“ und des Engeren Ausschusses

Gewählte Mitglieder: Habip Asan (TR) → Vojko Toman (SI), Borghildur Erlingsdóttir (IS), Derk-Jan De Groot (NL)

Haushalts- und Finanzausschuss

Vorsitzender: Christoph Ernst (DE)

Stellvertretender Vorsitzender: Lex Kaufhold (LU) → Lex Kaufhold (LU)

Ausschuss für technische und operative Unterstützung

Vorsitzender: Josef Kratochvíl (CZ)

Stellvertretender Vorsitzender: Sandris Laganovskis (LV)

Ausschuss „Patentrecht“

Vorsitzender: Sean Dennehey (GB)

Stellvertretender Vorsitzender: Johannes Kärcher (DE)

Engerer Ausschuss

Vorsitzender: Jérôme Debrulle (BE)

Stellvertretende Vorsitzende: Simona Marzetti (IT)

Beschwerdekammerausschuss

Präsident: NN

Mitglieder aus dem Verwaltungsrat und deren Stellvertreter (jeweils in Klammern):

Roland Grossenbacher (CH), (Jan-Derk De Groot (NL)),

Patricia García-Escudero (ES), (Jorma Hanski (FI)),

Bucura Ionescu (RO), (Catherine Margellou (GR))

Mitglieder aus dem Kreis ehemaliger oder aktiver Richter und deren Stellvertreter:

Klaus Bacher (DE), (NN),

Colin Birss (UK), (NN),

Are Stenvik (NO), (NN)

Aufsichtsrat des RFPSS

Vorsitzender: Matthias Bank (DE)

Stellvertretender Vorsitzender: Christian Bock (CH)

Mitglieder: Delfina Autiero (IT), Gerald Pilz (AT)

Stellvertretende Mitglieder: Anthony Valentin (FR), NN

Bemerkung: Im Aufsichtsrat des RFPSS sind mit Jesús Areso y Salinas und Florent

Béraud sowie Josef Roider und Joachim Michels auch zwei stimmberechtigte Mitglieder und zwei Stellvertreter des Personalausschusses benannt.

Aufsichtsrat der Akademie der Europäischen Patentorganisation

Vorsitzende: Patricia Garcia-Escudero Márquez (ES)

Mitglieder: Marco Dinis (PT), Ľuboš Knoth (SK), Simona Marzetti (IT), Otto Scharff (NO)

Stellvertretende Mitglieder: Salih Bektaş (TR), Gábor Németh (HU)

Kollegium der Rechnungsprüfer

Hannes Schuh (AT), Frédéric Angermann (FR), Ola Hollum (NO)

Ratsmitglieder im Beschwerdeausschuss nach Artikel 111(1)b) Statut

Mitglieder: Guus Broesterhuizen (NL), Jørgen Smith (NO)

Stellvertretende Mitglieder: Darina Kyliánová (SK), NN